

Bericht und Antrag der GPK

vom 20. August 2018

an den Gemeinderat über den

Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2017

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung den Tätigkeitsbericht 2017 des Datenschutzbeauftragten der Stadt Zürich (DSB) geprüft. Wie in den Vorjahren hat die GPK dazu eine Anhörung des DSB durchgeführt und mit ihm verschiedene Themen erörtert.

Der Bericht dient der GPK einerseits zur Überprüfung der Arbeit der Datenschutzstelle; andererseits erhält die Kommission ein Bild darüber, wie sich städtische Stellen mit dem Bereich des Datenschutzes auseinandersetzen.

Nachdem in den letzten Jahren die Videoüberwachung einen Schwerpunkt in der Arbeit des Datenschutzbeauftragten darstellte, war im Berichtsjahr die Überwachung wiederum ein Thema. Die Videoüberwachung durch Private im öffentlichen Raum stand dabei im Fokus. Darauf folgte im Bericht das Thema des Bedrohungsmanagements. Dies in Bezug der Klärung, gemäss denen die Stadtpolizei die Vorfälle als Gewaltprävention einordnen darf. Hierbei ging es um die Pflicht, betroffene Personen über deren Registrierung im Bedrohungsmanagement aktiv zu informieren. Im nächsten Abschnitt geht es um die Observationsverordnung und deren gesetzliche Grundlagen. Im Zentrum steht hier insbesondere die Observation im Zusammenhang mit dem Bezug von Sozialleistungen.

Ein weiteres umfangreiches Thema ist die Patientendokumentation, die sensible Daten enthält. Das Bedürfnis der Verfügbarkeit der Daten durch die Patienten selbst stand im Zentrum der Auseinandersetzung. Da diese nicht mehr geändert werden dürfen, müssen fehlerhafte Einträge mit separaten Ergänzungen korrigiert werden. Neben der Frage der Berichtigung und der Löschung steht auch die Zugriffssteuerung im Vordergrund. Damit ist gemeint, dass die Patienten/-innen-Daten jederzeit abgerufen werden können. Elektronische Dokumentati-

2 / 3

onssysteme stehen sowohl beim schulärztlichen Dienst wie auch bei den Einsätzen von Schutz und Rettung im Zentrum.

In Bezug auf das nächtliche Fahrverbot stellen sich Fragen zu den Rechtsgrundlagen. Die automatische Zufahrtskontrolle bezieht sich auf die Fahrzeuge, die in Strassen mit einem Nachtfahrverbot einfahren. Die Nummernschilder werden dabei zum Abgleich zur Klärung der Bewilligung erfasst, dann aber gleich wieder gelöscht. Das ist im Rahmen eines Versuchs statthaft, bei der definitiven Einführung braucht es aber eine Gesetzesgrundlage.

Ein anderes in sich geschlossenes Thema im Bereich der Personalrekrutierung sind die Mitarbeiter-Empfehlungsprogramme. In der Kritik standen ebenfalls die Zahlungsüberweisungen durch die Stadtverwaltung, da bei Nennung der Dienstabteilung für Post- und Bankbeamte ersichtlich wird, woher die Zahlung stammt. Dies kann insbesondere bei Überweisungen durch die «Sozialen Dienste» problematisch sein.

Für die Statistik Stadt Zürich öffnet sich im Zeitalter von «Big Data» im Zusammenhang mit Datenschutz ein eigenes, sehr breites Themenfeld. Dieses umfasst «Datendiebstahl», brachliegende Daten, die Fülle der Datenproduzenten und weitere mehr. Ein weiteres Thema ist «Open Data Zürich», ein Konzept, das in der Stadt aktuell ist: Dabei geht es um die freie Zugänglichkeit von Daten, sofern sie nicht der Geheimhaltung unterliegen.

Die GPK dankt dem Datenschutzbeauftragten Marcel Studer für die Beantwortung der Rückfragen und die geführte Diskussion. Die Kommission dankt dem Datenschutzbeauftragten und seinem Team für die sorgfältige und wertvolle Arbeit und wünscht weiterhin viel Erfolg bei der Erfüllung der anspruchsvollen Aufgaben.

3 / 3

Referent zur Vorstellung des Berichts: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt, den Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2017 abzunehmen.

Die Minderheit der GPK beantragt, den Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2017 abzulehnen.

Mehrheit: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsidentin Christine Seidler (SP), Duri Beer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Markus Kunz (Grüne), Maléica Landolt (GLP), Matthias Renggli (SP), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Mischa Schiwow (AL), Referent

Für die GPK

Präsidentin Christine Seidler (SP)
Sekretär Gregor Bucher